

Corona in den USA – der Podcast des Heidelberg Center for American Studies

21.01.2021

„Die ersten hundert Tage: Welche Anti-Corona-Maßnahmen ergreift die neue Regierung?“

Sarah Wagner, Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zu einer neuen Ausgabe des Podcasts des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg; mein Name ist Anja Schüler. Die Amtseinführung des 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten liegt hinter uns, und schon in den ersten Stunden seiner Amtszeit hat Joe Biden per Dekret etliche politische Entscheidungen seines Vorgängers rückgängig gemacht. Die Herausforderungen für die neue Administration sind zahlreich, und sie waren auch Thema unseres letzten Podcast mit Martin Thunert. In dieser Woche wollen wir die Corona-Politik der neuen U.S.-Regierung noch einmal etwas näher in den Blick nehmen. Ich freue mich sehr, dass dafür Sarah Wagner von der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz mein Gast ist. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Demokratischen Partei, besonders mit der amerikanischen Sozialpolitik. Sie ist ebenfalls Podcasterin, denn zusammen mit David Sirakow hat sie in diesem Monat den Podcast „Amerikas Verfassung“ ins Leben gerufen. Aber heute begrüßen wir Sie in unserem HCA-Podcast. Herzlich willkommen!

Sarah Wagner: Vielen herzlichen Dank für die Einladung und vielen Dank für den netten Hinweis auf unseren Podcast.

Anja Schüler: Frau Wagner, Joe Biden, Kamala Harris und ihre Ehepartner haben am Vorabend der Amtseinführung am Lincoln Memorial der über 400.000 Corona-Toten gedacht, die die USA bis heute beklagen. Wie wichtig war diese Geste?

Sarah Wagner: Diese Geste war enorm wichtig und auch längst überfällig. Wir haben in den USA über 24 Millionen Infektionsfälle zu verzeichnen. Knapp alle 26 Sekunden stirbt ein Amerikaner oder eine Amerikanerin. Jeden Tag sterben fast mehr Menschen als am 11. September. Und dennoch sehen wir gerade im Vergleich zu 9/11 eine ganz andere öffentliche Reaktion. Es scheint, als ob den Toten, den Kranken weniger Raum, weniger Aufmerksamkeit gegeben wird im Vergleich zu Ereignissen

wie dem 11. September. Auch die gesellschaftliche Reaktion ist anders. 2001 hatte man schnell ein Feindbild vor Augen. Die U.S.-Politik und -Gesellschaft waren relativ schnell bereit, Finanzen und das U.S.-Militär zu mobilisieren. Nun sehen wir ein tief gespaltenes Land. Die Pandemie wird je nach parteipolitischer Zugehörigkeit teils ganz anders wahrgenommen. Viele der Menschen sterben auch in der IUC, also isoliert auf den Intensivstationen ohne Kameras. Mehr als ein Drittel der Todesfälle sind auf Seniorenheime zurückzuführen. Besonders betroffen von Covid-19 sind auch marginalisierte Gruppen, also einkommensschwache Gruppen, schwarze Amerikaner*innen, die indigene Bevölkerung, Latinos, Latinas. Das trägt dazu bei, dass die Pandemie und deren Folgen von einigen Segmenten der Öffentlichkeit nicht zu ernst genommen wird. Daher, um auf Ihre Frage zurückzukommen, war das Zeichen von Präsident Biden und Vize-Präsidentin Harris wichtig. Beide haben empathisch über die Bedeutung von Trauer gesprochen und die Rolle von Erinnerungen; dass es wichtig ist für die Nation, gemeinsam zu trauern. Es wurde deutlich, dass die Bekämpfung der Pandemie von dieser Administration doch anders angegangen wird und dass man die Aufgabe der Regierung auch anders sieht.

Anja Schüler: Das heißt auch, dass die Bekämpfung der Pandemie ganz oben auf der Agenda der neuen Regierung steht.

Sarah Wagner: Ja, die Bekämpfung der Pandemie wird für diese Regierung zentral sein. Als kurzer Rückblick in den USA: Man hat den Sommer einfach verstreichen lassen, ohne detailreich auf die Trump-Administration einzugehen. Aber die Verantwortung wurde hier auf die Bundesstaaten abgewälzt. Die Pandemie wurde politisiert, und gleichzeitig standen dadurch diese einzelnen Staaten in Konkurrenz zueinander. Wenn es etwa um den Kauf von Masken oder Beatmungsgeräten ging, gab es einfach keine Führung auf der Bundesebene, und deswegen steht Corona sehr [jetzt] hoch auf der Agenda. Nicht nur, weil es wirklich um Leben und Tod geht, sondern auch, weil von einer erfolgreichen Pandemiebekämpfung auch viele andere Faktoren abhängig sind. Schauen wir uns nur die Wirtschaft oder den Bildungssektor an. Biden und sein Team wissen, dass, wenn sie die Pandemie nicht halbwegs unter Kontrolle bringen, es dann auch schwierig sein wird, andere politische Vorhaben durchzusetzen. Joe Biden hat im Wahlkampf schon einen Sieben-Punkte-Plan vorgestellt, den möchte ich nur kurz anreißen, dann können wir nachher auch drauf eingehen, welche konkreten Punkte umgesetzt werden oder werden sollen. Diese

sieben Punkte waren als erstes eine Verbesserung der Test- und Nachverfolgungsstrategie von Infektionen; zweitens eine bessere Versorgung der Krankenhäuser zu gewährleisten, gerade wenn es hier um die sogenannten PPE geht, also *Personal Protective Equipment* – die Ausrüstung oder Masken. Dann wollte man, drittens, nationale *Guidelines* für Gemeinden entwerfen, gerade auch für Schulen und Geschäfte. Ab wann darf man wieder öffnen? Wie kann man sicher mit dieser Pandemie umgehen? Welche Regelungen sollen hier getroffen werden? Viertens ging es um eine effektive und gerechte Verteilung von Mitteln. Fünftens, daran anschließend, auch um den vorrangigen Schutz von älteren Menschen und besonders schwer betroffenen Gruppen. Sechstens, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Institutionen. Hier geht es unter anderem auch um die Weltgesundheitsorganisation. Und siebtens, dass man versucht, ein Maskenmandat in einem gewissen Umfang umzusetzen, inklusive dem Appell an die Amerikaner*innen, Masken zu tragen. Ganz grob waren das so diese Hauptpunkte, mit der die Biden-Kampagne geworben hat. Jetzt gibt's mittlerweile auch konkrete Pläne.

Anja Schüler: Wie sehen die im Detail aus?

Sarah Wagner: Hier muss man unterscheiden zwischen den Exekutivanordnungen, die Biden gleich im Amt unterschreiben kann, teils auch schon unterschrieben hat, und dem Gesetzespaket, das durch den Kongress muss. Zu den Exekutivanordnungen: Die sind auch Teil einer Aktion, dass die Biden-Administrationen natürlich zeigen will, dass man schon die ersten zehn Tage gleich voll ausnutzt. Man setzt ein Zeichen. Relevant für die Pandemie sind der Wiedereintritt in die Weltgesundheitsorganisation, da können wir später auch nochmal gerne drüber sprechen. Dazu kommt ein Maskenmandat in öffentlichen Gebäuden, also in *Federal Buildings*, und auf öffentlichen Grundstücken, teils auch an Flughäfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln. Das soll alles Teil einer *hundred days masking challenge* sein, also ein Aufruf an die Bevölkerung, Masken zu tragen. Dann haben wir auch institutionelle Aspekte, wie die Berufung eines *Covid-19 Response Coordinators* und die Wiederherstellung von gewissen Gruppierungen, Gruppen und Räten innerhalb des Weißen Hauses, die sich mit den Themen globale Sicherheit und Gesundheit beschäftigen. Interessant auch: Biden will den *Defense Production Act* nutzen, um die Herstellung von mehr Impfmateriale zu erleichtern. Es gibt auch Anordnungen, die die

Auswirkung der Pandemie abmildern sollen, also etwa ein Moratorium, welches die Räumungen von bestimmten Wohnungen betrifft. Das passiert in diesen Tagen, dass hier sehr viele Exekutivanordnungen verkündet werden, die schnell und problemlos zu erledigen sind. Aber schwieriger wird es, wenn wir uns das von Biden vorgeschlagene Gesetzespaket anschauen. Hier nur ein paar Eckpunkte: Joe Biden hat einen Plan vorgelegt, knapp 1,9 Billionen Dollar schwer. Die zwei Kernelemente sind hier ganz verknüpft: Erstens mehr finanzielle Hilfen für die Amerikaner*innen zu gewährleisten, natürlich auch die Wirtschaft anzukurbeln sowie ein Hochfahren der Impfstoffverteilung. Dieser Plan wird auch *American Rescue Plan* genannt und insgesamt sollen hier 400 Milliarden Dollar verwendet werden, um Impfzentren oder Verteilungszentren zu errichten und Personal einzustellen. Denn wir müssen uns natürlich in Erinnerung rufen, dass das U.S.-Gesundheitssystem ja schon am Limit arbeitet. Hier fehlt es teilweise einfach an Kapazitäten in den Krankenhäusern, um jetzt noch eine nationale Impfkampagne durchzuführen. Zudem soll das Geld dazu verwendet werden, Schulen in die Lage zu versetzen, wieder sicher zu öffnen können und den Betrieb aufnehmen zu können. Weitere wichtige Elemente sind im Detail dann nochmal Direktzahlungen an Haushalte – hier spricht man aktuell von ungefähr 1.400 Dollar –, eine weitere Unterstützung der Arbeitslosenhilfe, dann auch interessante Aspekte wie eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Dollar oder die Ausweitung der finanziellen Unterstützung für die Bundesstaaten. Es gibt noch weitaus mehr Details. Auch interessant: In den ersten 100 Tagen will Joe Biden 100 Millionen Impfdosen verteilt sehen. Hier muss man ein bisschen aufpassen: Oft wird in den Medien geschrieben, es sollen 100 Millionen Amerikaner*innen geimpft werden. Aber es sind ja zweifache Impfungen. Das heißt, so wie ich diese Aussagen einschätze, geht es hier in erster Linie um 100 Millionen Impfdosen, und das wird natürlich eine Teamanstrengung für das Team um Biden sein.

Anja Schüler: Eine Personalie haben Sie schon angesprochen: Welches Team hat sich denn Biden für die Bekämpfung der Pandemie zusammengestellt?

Sarah Wagner: Biden hat ein sehr interessantes Team zusammengestellt. Er hat hier schon während der Kampagne damals sehr früh diesen *Advisory Council* um sich geschart, mit sehr vielen Wissenschaftler*innen. Einige davon sind jetzt auch in die Administration gewechselt. Vielleicht hier nur ein paar interessante Namen: an der Spitze steht hier der ehemalige *Attorney General* aus Kalifornien, Xavier Becerra. Er

soll das Gesundheitsministerium führen, also das *Health and Human Services Department*. Becerra selbst kommt nicht aus der Gesundheitspolitik, hat aber damals schon um den Erhalt des *Affordable Care Act (Obamacare)* vor Gericht gekämpft und ist sozusagen vertraut mit dieser Materie. Eine sehr wichtige Rolle wird auch Jeff Science spielen, der schon unter Barack Obama im Weißen Haus im Kontext von *Obamacare* gearbeitet hat und der jetzt auch der Koordinator für die Pandemiepolitik unter Joe Biden werden soll. Dann, als *Surgeon General* hat Joe Biden Dr. Vivek Murthy ernannt, der war auch schon vorher als Coronaberater für Biden tätig, und er wird jetzt auch weiter tätig sein. Dann auch sehr interessant: Es gibt eine neue Arbeitsgruppe, die darauf abzielt, die Disparitäten in der Gesundheitsvorsorge oder -versorgung zu mindern. Ich hatte schon anfangs erwähnt, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen unterschiedlich von Covid-19 betroffen sind, und hier ist es jetzt Dr. Marcella Nunes Smith, die sich um diese Arbeitsgruppe kümmern wird. *Last but not least*, gibt es auch eine neue Direktorin des *Centers for Disease Control and Prevention*. Das ist unter der Trump-Administration ja auch etwas sehr in die missliche Lage gekommen und hat sich teilweise politischem Druck gebeugt, was bestimmte Empfehlungen für die Pandemie betrifft. Aber jetzt wird mit Dr. Rochelle Walensky eine neue Direktorin hier an der Spitze stehen, und es wurde auch schon angekündigt, dass das Center die bisherigen Anweisungen zum Umgang mit Covid-19 auch noch einmal überprüfen wird. Was es gilt zu beobachten, ist die Frage: Wer wird wie viel Einfluss haben, wer wird den Ton angeben? Was für genaue Hierarchien werden sich hier herausbilden? Aber ich denke, wer vor allem wichtig ist, ist wirklich Jeff Science, der auch unter Obama diesen *high-profile* Posten hatte, als es 2014 um die Ebola-Pandemie ging. Er wird die erste Kontaktperson sein für Biden und versuchen, diese unterschiedlichen Prozesse zu koordinieren.

Anja Schüler: Falls unsere Hörerinnen und Hörer sich wundern, dass der Name von Anthony Fauci noch nicht gefallen ist – wir werden sicherlich noch auf ihn zu sprechen kommen. Sprechen wir doch erstmal über die große Impfkampagne. Sie haben sie eben schon angesprochen. Nun sehen wir hier in Europa, dass diese Impfungen nur schleppend angelaufen sind, nicht zuletzt, weil der Impfstoff fehlt. Wie sieht es da in den USA aus? Werden Impfbüros eingerichtet? Gibt's genug Impfstoff?

Sarah Wagner: Ganz genau, das ist jetzt die komplexe Fragestellung. Die *Washington Post* hat einen schönen Überblick veröffentlicht, die den Plan von Biden etwas greifbarer macht. Dieses Programm von Biden soll sogenannte *Community Vaccination Centers* beinhalten, also Impfzentren in den Gemeinden, die dann aller Voraussicht nach von der *Federal Emergency Management Agency* und der Nationalgarde betreut werden. Es soll mobile Kliniken für die gerade schwer erreichbaren ländlichen Gebiete geben und es steht auch im Raum, dass man knapp 100.000 zusätzliche Personen anheuert, um diesen Impfprozess und die Kontaktverfolgung zu unterstützen. Wenn man das mal hochrechnet: Es gab hier auch einen Beitrag, wie das aussehen könnte. Wenn man wirklich von einer Million Impfungen pro Tag für hundert Tage ausgehen würde, bräuchte das laut einigen Analysten mindestens 400 Impfstellen im Land. Man müsste noch zwischen 100.000 knapp 200.000 Personen einstellen. Wenn man zwölf Stunden pro Tag durchimpft, zehn Stationen pro Impfstelle, könnte man idealerweise 200 Leute pro Stunde impfen. Es ist schon sehr ambitioniert. Dr. Fauci, Sie haben ihn schon erwähnt, hat gesagt, das ist machbar. Aber hier gibt's natürlich auch vorweg einige Probleme, die sich vorher schon in dieser Impfkampagne gezeigt haben; auch, wenn wir uns anschauen, wie in den Bundesstaaten bisher damit umgegangen ist. Hier drei Hürden, die ich gerne kurz einmal ansprechen würde, um zu erklären, warum das so schleppend läuft oder gelaufen ist. Und zwar betreffen diese Hürden das Angebot, die Impfnachfrage und die Durchführung der Impfung, also den administrativen Aspekt. Die Impfungen in den USA sind relativ ruckelig angelaufen, dem eigentlichen Zeitplan hängt man hinterher. Es gab viele logistische Probleme. Das ursprüngliche Ziel war, dass man bis Ende Dezember 2020 20 Millionen Amerikaner*innen geimpft hat. Das wurde nicht erreicht. Aktuellen Zahlen zufolge wurden bisher 46% von 36 Millionen Impfungen, die an die Staaten geschickt wurden, durchgeführt. Hier also gibt es etwas Luft nach oben. Man muss auch ein bisschen vorsichtig sein, denn es besteht teilweise noch Unklarheit, was diese genaue Datenlage betrifft. Viele Bundesstaaten geben an, dass sie eigentlich mehr Impfdosen benötigen. Die Biden-Administration hat erst jetzt Zugang zu diesen entsprechenden Daten bekommen. Es gibt es also so einige widersprüchliche Aussagen, wenn man sich die Zahlen anschaut. Woran lag das teilweise? An ganz pragmatischen Sachen: Gerade zum Jahreswechsel mit Feiertagen dazwischen wurde natürlich vieles verzerrt. Dann wurden die zweiten Impfungen teils zurückgehalten, da erst ältere Menschen geimpft werden sollten, aber genau diese

Programme waren noch nicht richtig angelaufen. Das ist nicht überraschend, weil einfach das Personal und die Krankenhäuser überfordert waren, diese Impfkampagnen durchzuführen, die Daten einzugeben und so weiter und so fort. Oft haben auch die lokalen Gesundheitsämter nicht genügend Vorlaufzeit gehabt, wenn diese Impfdosen bei ihnen ankamen, um dann die geeigneten Kandidaten schnell zu finden. Es gab gewisse *Bottle-Neck*-Situationen. Vielleicht noch einen Punkt am Ende hier, der aus meiner Sicht sehr problematisch ist und oft weniger diskutiert wird: Ein Großteil der MitarbeiterInnen in den Krankenhäusern, die sogenannten *Healthcare Workers*, möchte sich nicht impfen lassen. Hier herrscht Skepsis, was die Impfung betrifft, was vielleicht nicht verwunderlich ist, wenn wir uns die öffentliche Debatte in den USA und die öffentliche Kommunikation anschauen, auch gerade vonseiten der Regierung. Das ist ein Punkt. Und auch die marginalisierten Gruppen, die ich angesprochen habe, z.B. schwarze Amerikaner*innen, sind doch zögerlicher. Denn hier hat man in der Geschichte natürlich auch viele schlechte Erfahrungen mit dem U.S.-Gesundheitssystem gemacht. Hier steht teils ein enormes und auch nicht unberechtigter Vertrauensproblem zwischen diesen Bevölkerungsgruppen und dem Gesundheitssystem. Das heißt, wir haben hier auch ein *supply and demand*- Problem. Man hofft jetzt gerade unter Biden, dass bald auch Apotheken in großen Ketten wie z.B. COSCO, Walmart oder CVS Impfungen anbieten können. Das wäre eine enorme Verbesserung.

Anja Schüler: Dann sollten wir für unsere deutschen Hörerinnen und Hörer vielleicht noch dazusagen, dass man sich in Amerika tatsächlich im Drogeriemarkt gegen die Grippe impfen lassen kann.

Sarah Wagner: Genau, wie in einem großen DM kann man sich da gleich die Impfung abholen. Und da die natürlich auch sehr gut verteilt sind, wäre das natürlich auch eine Entlastung, dass man nicht nur auf diese nationalen Impfbüros zurückgreifen müsste. Aber was auch noch problematisch ist – es bedarf einer groß angelegten Kommunikationsstrategie. Wir hatten sehr viel Falschinformation, die durch die letzte Administration geteilt wurde, das heißt, Informationen müssen besser an die Bevölkerung gebracht werden, und auch das Management von Erwartungen muss besser betrieben werden. Das sind diese gesellschaftlichen und logistischen Hürden, die neben den politischen Hürden noch stehen.

Anja Schüler: Genau. Sie haben jetzt die administrativen, die organisatorischen und auch die Hürden in der Kommunikation angesprochen. Politische Hürden gibt's auch noch zu bewältigen.

Sarah Wagner: Ja, es gibt einige Hürden. Die vorhin erwähnte Exekutivanordnung ist sehr leicht. Da bedarf es keiner Zustimmung im Kongress. Das kann Biden ganz allein entscheiden. Aber wenn wir uns mit diesem Hilfspaket noch etwas genauer beschäftigen, das das Team von Biden vorgelegt hat, da gibt's noch große Hürden. Es wurde viel Zeit verschwendet unter Donald Trump, das heißt, der Zeitdruck ist einfach enorm. Joe Biden hat selbst gesagt, dass der Januar noch weitaus dunkler werden könnte, was die Todeszahlen betrifft. Und der Plan von ihm muss jetzt erstmal durch den Kongress. Der Senat ist auch noch mit dem Impeachment beschäftigt, der Senat muss noch das Kabinett von Joe Biden bestätigen. Und jetzt diese dritte Aufgabe, dieses legislative Paket, muss verabschiedet werden, was natürlich eine Herausforderung ist. Er braucht, um diesen *American Rescue Plan* durch den Kongress zu bringen, besonders um ihn durch den Senat zu bringen, mindestens zehn Stimmen von den Republikanern. Biden kann auch versuchen, einzelne Aspekte dieses Plans mit einer einfachen Mehrheit verabschieden zu lassen. Das ginge durch einen Prozess, und zwar – jetzt wird es etwas *nerdy* für alle Zuhörer*innen – den *Budget Reconciliation Process*. Das ist ein Prozess, bei dem Vorhaben mit einer einfachen Mehrheit im Senat verabschiedet werden können, die ganz präzise mit Steuern oder Ausgaben zu tun haben. Normalerweise werden für ein großes Gesetzespaket 60 Stimmen benötigt, um ein Filibuster zu vermeiden, also um zu vermeiden, dass ein Senator oder eine Senatorin das Gesetzesvorhaben blockieren kann. Dieser *Reconciliation Process* wurde auch schon oft genutzt, etwa wenn wir an Steuerreform denken oder auch Teile von *Obamacare* unter Obama. Das sind diese zwei Möglichkeiten, die Joe Biden hier hat. Die eigene Partei steht relativ gut hinter Joe Biden, also der linke und der progressive Flügel. Die sind natürlich sehr interessiert an den Direktzahlungen für die Bürger*innen. Auch die Erhöhung des Mindestlohns wird hier befürwortet. Aber auch die Zuzahlungen zum Arbeitslosengeld stoßen auf breite Unterstützung.

However, wir sprechen ja über die Hürden. Das heißt, wir müssen über die Republikaner sprechen. Diese haben in erster Linie zwei große Kritikpunkte. Zum

einen wird gesagt, dass dieses Rettungspaket viel zu schnell kommt, weil erst im Dezember ein Rettungspaket verabschiedet wurde. Hier sieht man also den Bedarf noch nicht in jenem Ausmaß, wie es die Demokraten tun. Zweitens wird argumentiert, dass die Demokraten zu viele eigene politische Prioritäten in dieses Paket eingebunden hätten, die nicht unbedingt etwas mit der Pandemie zu tun haben, sondern schon lange Demokratische Vorhaben sind, wie das eben erwähnte Beispiel die Erhöhung des Mindestlohns. Man argumentiert dann weiter, dass auch gerade durch solche Projekte, also Mindestlohn, die weitere Unterstützung des Arbeitslosengeldes ja dazu führen würden, dass die Leute zu Hause bleiben, obwohl man sie eigentlich zur Rückkehr zur Arbeit ermuntern will. Somit könnte es zu einem Mangel an Arbeitskräften kommen, wenn die Wirtschaft ja eigentlich wieder anlaufen soll. Vor allen Dingen ist die Erhöhung des Mindestlohns hier ein Dorn im Auge. Das heißt, Biden könnte hier wertvolle Zeit verlieren, wenn es um die Verhandlungen mit den Republikanern geht. Das, würde ich sagen, sind die größten Hürden gerade im Senat.

Anja Schüler: Da sind wir schon wieder bei unserem Lieblingsthema, der politischen Polarisierung, oft angesprochen in den letzten Folgen des HCA-Podcasts. Nun war in den letzten Wochen auch immer wieder die Rede davon, dass Joe Biden als Präsident die tief gesplante Nation aussöhnen muss. Es scheint fast unmöglich, aber könnte eine spürbare Verbesserung der Corona-Situation dazu beitragen?

Sarah Wagner: Ja, Aussöhnung, das ist ein schweres Wort, ein schweres Konzept, wenn man sich gerade die U.S.-Politik und die U.S.-Gesellschaft anschaut. Denn für eine Aussöhnung bedarf es natürlich auch einer Aufarbeitung, einer Übernahme von Verantwortung. Das sehe ich momentan noch nicht, gerade auf Seiten der Republikanischen Partei. Aber gleichzeitig denke ich schon, dass, wenn sich die Corona-Situation und die Pandemie verbessert, auch hier eine gewisse Entspannung eintreten kann. Denn natürlich, je länger die Schulen geschlossen sind, je länger die Arbeitslosenzahlen so schlecht sind und die Amerikaner und die Amerikanerinnen nicht einen gewissen Grad an Normalität zurückerhalten, desto mehr wird sich natürlich auch Frustration und teils diese Verzweiflung in die Gesellschaft eingraben, und desto mehr werden sich die Fronten verhärten. Wenn sich die Lebenssituation der Bevölkerung spürbar verbessert, wird es auch etwas den Druck aus der aktuellen Situation nehmen.

Anja Schüler: Gut, dann werfen wir doch abschließend nochmal einen Blick auf die internationale Ebene. Den von Donald Trump eingeleiteten Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation hat Joe Biden Stunden nach seinem Amtseid gestoppt. Was passiert da jetzt?

Sarah Wagner: Genau, das hat Joe Biden auch vorher schon angekündigt. Joe Biden versteht sich als Institutionalist, als Multilateralist. Das heißt, er schätzt internationale Abkommen, Organisationen, auch die Zusammenarbeit mit Alliierten. Hier wurde ein Zeichen gesetzt, dass die USA in Zukunft auch wieder verstärkt multilateral agieren möchten; gerade angesichts einer so globalen Bedrohung wie der Coronakrise, die ja auch diese globale Zusammenarbeit letztendlich einfordert, da die Viren natürlich nicht vor den Grenzen haltmachen. Interessanterweise – und hier schließt sich der Kreis – wird Dr. Fauci, der auch in der Trump-Administration aktiv war und der auch weiterhin aktiv sein wird in der Biden-Administration, eine U.S.-Delegation zur WHO anführen. Das war natürlich von Joe Biden in puncto Zusammenarbeit mit den Republikanern bzw. mit ehemaligen Mitgliedern der letzten Administration angedacht. Man will sich hier auch an diesen globalen Plänen gegen Covid-19 beteiligen. Besonders interessant ist, dass Tony Blinken, also der zukünftige Außenminister unter Joe Biden, angekündigt hat, dass die USA auch der Covax-Initiative beitreten wollen, also jener, Initiative, die einkommensschwachen Nationen Impfmittel zur Verfügung stellen will. Wir sehen also eine andere politische Haltung von Joe Biden, eine Rückkehr zum Multilateralismus angesichts der Coronapandemie.

Anja Schüler: Und wir hoffen natürlich auch, dass wir diese Rückkehr des Multilateralismus auch in anderen Bereichen der amerikanischen Außenpolitik sehen. Ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch, Sarah Wagner von der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz. Das war der HCA-Podcast. Mein Name ist Anja Schüler und ich möchte Sie noch auf die Ruperto-Carola Ringvorlesung mit dem Titel „Quo Vadis USA?“ hinweisen. Sie können die neuen Beiträge immer mittwochs auf heiONLINE abrufen, der Plattform für digitale Vortragsformate an der Universität Heidelberg. In dieser Woche finden Sie dort einen Vortrag des Frankfurter Historikers Simon Wendt, der der Frage nachgeht, ob wir mit der *Black Lives Matter*-Bewegung eine neue Bürgerrechtsbewegung sehen. In der nächsten Woche werden wir dann hier im HCA-Podcast die Bürgermeister von Heidelberg und Heidelbergs Partnerstadt Palo Alto zu Gast haben, Eckhard Würzner und Tom DuBois. Mit ihnen spreche ich

über die Auswirkungen der globalen Pandemie auf ihre Städte. Für heute verabschiede ich mich und bedanke mich auch im Namen meines Teams fürs Zuhören. Wir freuen uns, wenn Sie in der nächsten Woche wieder den HCA-Podcast anklicken. Bis dahin – bleiben Sie gesund.